

# Die Geister, die er rief...

■ Ich bin selten sprachlos. Als ich am späten Abend des 11. Juni den Link zur Online-Seite der Leipziger Volkszeitung (LVZ) öffnete, war ich es einen Moment. Unter der Überschrift „*Ich rate den Lehrern dringend, den Bogen nicht zu überspannen*“ gab der ehemalige Kultusminister, Frank Haubitz, ein großes Interview.

Er parlierte hier und in den Printausgaben von LVZ und DNN (Dresdner Neueste Nachrichten) über Forderungen in der Lehrerschaft, über Verbeamtung, falsche Versprechungen, Nettolücken, Teilzeit, E 14-Stellen und über die Schuldigen an der aktuellen Unzufriedenheit in den Schulen.

Es ist schon sehr abenteuerlich, wenn ein Schulleiter einer großen Schule, der die Vorteile der Verbeamtung selbst genießt, seine Kolleg\*innen öffentlich diskreditiert, weil sie Löhne und Altersbezüge fordern, die mit denen von Beamt\*innen vergleichbar sind. Wirklich unverschämt wird es allerdings, wenn derjenige, der diesen naheliegenden Wunsch einst durch kultusministerielle Versprechungen be- und verstärkt hat, nun den Beschäftigten an den Schulen eine „*Nimmersatt-Mentalität*“ vorwirft.

Wie schrieb Herr Haubitz vor einigen Monaten im vielbeachteten Schulleiterbrief...

*„Da wir nur bis zum 46. Lebensjahr verbeamtet werden können, werbe ich dafür, dass es für die älteren Kolleginnen und Kollegen, die das sächsische Schulsystem in den letzten Jahrzehnten getragen und zum Erfolg geführt haben, einen Ausgleich gibt. Diese Lehrerinnen und Lehrer haben über Jahrzehnte eine sehr gute Arbeit geleistet. Die neue Lehrergeneration kann davon profitieren und auf deren Erfahrungen aufbauen. Es ist mir wichtig, dass diese Arbeit besonders wertgeschätzt wird.“*

Der Ausgleich wurde in der LVZ des gleichen Tages auch noch beziffert...

*„Wenn man einen Kollegen vor 25 Jahren verbeamtet hätte, dann bekäme er heute ein bestimmtes Netto. Ich versuche in Verhandlungen mit dem Finanzministerium, dieses Netto durch Zulagen auszugleichen, um Ungerechtigkeiten im Lehrerzimmer zu bannen!“*

Am 12.06.2018 teilt Herr Haubitz dem verdutzten Leser nun allerdings folgendes mit:

*„Es ist tarifrechtlich einfach nicht möglich, diese Nettolücke zu schließen – und das wissen die Beteiligten auch.“*

Entweder der ehemalige Vorsitzende des Philologenverbandes hatte im November 2017 keinen Schimmer von Tarifrecht oder er hat ganz bewusst gelogen, um die

Verbeamtung auch in den Lehrerzimmern einigermaßen beliebt zu machen. Was hätte er eigentlich am Tag der Wahrheit gemacht?

Hätte er sich mit so offenem Visier wie sein Nachfolger vor diejenigen gestellt, die sich zwangsläufig als Verlierer betrachten müssen oder hätte er so getan, als sei der Ausgleich lediglich an der Dickköpfigkeit eines Ministerkollegen gescheitert?

Die GEW hat jedenfalls als einzige Lehrerorganisation von Beginn an auf die mit der Verbeamtung verbundenen Probleme hingewiesen und vor den nun eintretenden Folgen gewarnt. Deshalb haben wir Verhandlungen angeboten. In meinem entsprechenden Brief an Herrn Haubitz vom 24.11.2017 hieß es:

*„Auch wir wollen die Attraktivität des Lehrerberufes in Sachsen insgesamt erhöhen, um den Lehrernachwuchs zu motivieren, in Sachsen zu bleiben oder hierher zu kommen. Wir wollen dabei aber von vornherein ausschließen, dass die bereits in den Schulen tätigen Kolleginnen und Kollegen durch erneute Benachteiligung weiter demotiviert werden.“*

Herr Haubitz, der im LVZ Interview vom 12.06.2018 „*an einen fairen Umgang miteinander appellier[t]*“ und sagt dass „*das Motto reden und gestalten, statt meckern und verwalten [gelten sollte]*“, lehnte Gespräche über eine gemeinsame Lösung mit folgenden Worten ab:

*„Nach Vorliegen einer abschließenden Entscheidung über die mit dem Schulleiterbrief vom 15.11.2017 unterbreiteten Reformvorschläge werde ich mich mit den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen der Lehrerschaft über das weitere Vorgehen abstimmen.“*

Heute werden alle – die Staatsregierung und die sie tragenden Parteien, die Verbände und die GEW – an den Versprechungen gemessen, die Herr Haubitz einst gemacht hat. Und natürlich stellt sich auch für uns zum Redaktionsschluss dieser E&W die Frage, wie das Einkommensgefüge gerecht gestaltet werden kann, wenn die Verbeamtungsentscheidung unumstößlich ist.

Dabei suchen wir nach einem Weg, die Nettolücke deutlich kleiner zu machen. Wer behauptet, wir hätten ihren Ausgleich gefordert und würden dafür „*die Lehrerschaft wider besseres Wissen aufhetzen*“, greift genau zu dem Populismus, den er der GEW und der SPD vorwirft. Er unterstellt zudem, dass Lehrer\*innen nicht klug genug sind, Manipulationsversuche zu erkennen.

Apropos SPD:

Die SPD scheint eine heimliche Oppositionspartei im Sächsischen Landtag zu sein. Mit all dem, was Herr Haubitz und (mit Ausnahme der Verbeamtung und der funktionslosen Beförderungsämter) auch die GEW positiv bewerten, hat sie nämlich in seinen Ausführungen nichts zu tun. Nichts mit den „*Grundschullehrer[n], [die] einen satten Schluck aus der Pulle bekommen*“. (Ein bisschen schöner hätte sich das schon formulieren lassen.) Nichts mit den

Oberschullehrern, die „mit dem letzten Maßnahmenpaket finanziell höhergestuft“ wurden. Nichts damit, dass „eine Chancengleichheit im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern um die Lehrer“ erreicht wird. Während sich Herr Haubitz damit spreizt, dass „um die 80 Prozent“ seiner Vorstellungen umgesetzt wurden, (nur am Rande sei bemerkt, dass er nie die Höhergruppierung von Grund- oder Oberschullehrer\*innen geplant hatte) wird den politischen Umsetzern und der GEW vorgeworfen „massiv Öl ins Feuer“ zu gießen.

Worum geht es bei seiner Kritik an GEW und SPD eigentlich wirklich? Es geht zunächst um Zulagen. Nur durch Zulagen kann ein Schritt zur Schließung der Nettolücke für alle gegangen werden. Deshalb ringt die GEW um deren Erhöhung. Höhergruppierungen – genauer die Übertragung eines funktionslosen Beförderungsamtes an 20 % Tarifbeschäftigte – werden in einigen Jahren auch für Beamt\*innen nachvollzogen – sie verkleinern damit die Lücke nicht, sondern vergrößern sie.

Und auch Prämien kann man Beamt\*innen nicht vorenthalten. Weil es keine andere Möglichkeit gibt, auch Tarifbeschäftigten die Wertschätzung zu zeigen, die Herr Haubitz einst selbst angemahnt hat, hat auch die Bildungspolitische Sprecherin der SPD diese Möglichkeit in einem Interview mit der Freien Presse in die Diskussion gebracht.

Und das ärgert nicht nur Herrn Haubitz sehr. Denn hinter den Kulissen wird mit der Forderung nach mehr Höhergruppierungsstellen in Wirklichkeit der Kampf gegen die einheitliche Bezahlung in allen Schularten geführt. Im Schulterschluss zwischen dem ehemaligen Kultusminister und den Lehrerverbänden soll Schritt für Schritt der einstige Abstand wieder hergestellt werden.

Herr Haubitz sagt das so:

*„Zudem finde ich, dass die E 14-Stellen den Gymnasien vorbehalten sein sollten. Die Gewerkschaften fordern: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Es gibt allerdings große Unterschiede zwischen der Arbeit in den unterschiedlichen Schularten.“*

Ja klar, die alte Gewerkschaftsforderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit ist verkürzt. Eigentlich müsste sie – Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit – heißen. Ja klar, gibt es Unterschiede zwischen der Arbeit in den verschiedenen Schularten. Auch Unterschiede zwischen der Arbeit in einzelnen Fächern, der 3a und der 3b. Zwischen großen und kleinen Klassen, Schulen in einem bildungsbürgerlichen Stadtteil und welchen, in denen besonders viele Kinder aus armen Familien lernen. Möglicherweise muss man in einer 5. Klasse an einer Oberschule anders arbeiten als an der am Gymnasium. Aber ist dieser Unterschied wirklich größer als der, der zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe besteht?

Ich erkenne die Unterschiedlichkeit der Aufgaben und der damit verbundenen Belastungen nicht. Aber verläuft die Grenze tatsächlich nur zwischen den Schularten und

rechtfertigt die eine unterschiedliche Vergütung oder ist es nicht viel wichtiger, die Arbeitszeit von Lehrer\*innen trotz des Lehrermangels politisch zu thematisieren. Gemeinsam statt gegeneinander. Junge und Ältere, alle Schularten zusammen und bald alle Statusgruppen.

Welche Sicht Herr Haubitz auf die eigene Schulart und eine andere hat, zeigt sich am Thema Teilzeit.

Er sagt dazu im Interview:

*„Lehrer mussten ... zwangsweise in die Teilzeit gehen. Oberschul- und Gymnasiallehrer wurden dabei in einen Topf geworfen, obwohl das für Letztere gar nicht notwendig gewesen wäre. Es ist der Eindruck entstanden, dass man solidarisch verfeuert wurde.“*

Das heißt: Den Lehrkräften an (damaligen) Mittelschulen, die bereits seit 1992 in Teilzeit waren, hätte man von 2005 bis 2010 einen Beschäftigungsumfang von unter 60 Prozent zumuten können, während die Arbeitsverhältnisse der Lehrkräfte an Gymnasien weiterhin unangetastet geblieben wären.

Man mag ja einem ehemaligen Vorsitzenden des Philologenverbandes die Ignoranz damaliger Abbauzahlen und den andere Schularten herabsetzenden Egoismus verzeihen. Jemanden, dem einige Zeit die Verantwortung für das gesamte sächsische Bildungssystem anvertraut war, disqualifiziert diese öffentlich vertretene Position schon deswegen, weil die riesigen Personalprobleme an den Oberschulen heute noch größer wären. Die Bereitschaft junger Leute, sich für die Arbeit an dieser Schulart zu entscheiden, wäre nämlich gen Null gesunken.

Und zum Schluss ein – zugegebenermaßen giftiger – Hinweis:

Bei der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) handelt es sich **nicht** – wie Herr Haubitz im Interview sagt, um eine „**Wettbewerbsbehörde** aller Bundesländer“. Das kann man aber nicht so genau wissen, wenn man die Verantwortung für Verhandlungsergebnisse als Vorsitzender einer nicht tariffähigen Lehrerorganisation nie selbst tragen musste. Und es ist auch leicht, in einem Artikel Lehrer\*innen zu desavouieren, wenn man die Verantwortung für einen unausgegorenen „Plan E“ nicht mehr persönlich übernehmen muss.

*Uschi Kruse  
Landesvorsitzende*